

(Staatsminister v. Seydewitz.)

(A) sich für die minderbemittelten Bevölkerungsteile außerordentlich niedrige Sätze ergeben. So stellt sich der Zuschlag für die 8. Klasse mit dem Steuersatz von 20 M. nur auf 2 M., für den Termin also auf 1 M. Für die nächsten Klassen mit dem Steuersatz von 26 M. und 36 M. ergeben sich Zuschläge von 2 M. 60 Pf. und 3 M. 60 Pf., pro Termin 1 M. 30 Pf. bzw. 1 M. 80 Pf. Das sind doch Beträge, die man als kaum fühlbar bezeichnen muß.

Herr Abgeordneter Dr. Seyfert will also den Zuschlag nicht völlig beseitigt, sondern nur aufgeschoben wissen, und es soll die Entschliebung darüber zu einer Zeit erfolgen, wo man besser übersehen kann, ob er wirklich nötig sei oder nicht. Dabei hat er ausgeführt, daß es wohl möglich gewesen wäre, den Etat zu balancieren ohne Steuerzuschläge, wenn man nur die verschiedenen Reserven, die er enthalte, bei der Etataufstellung berücksichtigt hätte. Ich gebe zu, meine Herren, daß gewisse kleine Reserven im Etat vorhanden sind, so die vielbesprochene Reserve infolge der Art der Einstellung der Beamtengehalte. Auch ist es möglich, daß bei Kap. 1, Forsten, wo die Einnahmen neuerdings sehr gestiegen sind, der Ansatz nicht nur erreicht, sondern überschritten wird. Aber dem stehen, wie ich oft in der Deputation dargelegt habe, die zahlreichen Fälle gegenüber, in denen die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig eingestellt worden sind.

Insbepondere werden bei den heute zur Beratung stehenden Eisenbahnen, wie auch im Berichte gesagt, die eingestellten Einnahmen nicht erreicht werden, da man bei der Etataufstellung mit einer so langen Kriegsdauer nicht gerechnet hatte. Ebenso sind die Einnahmen aus den Steuern, aus dem Justizkapitel u. a. m. zu hoch veranschlagt.

Der Etat kann also tatsächlich ohne die Steuerzuschläge nicht balanciert werden, und die Regierung muß auf das bestimmteste erklären, daß das, was sie von der Bevölkerung verlangt, das Mindeste ist, was sie in ihrer verantwortlichen Stellung unbedingt verlangen muß. Und ich glaube, daß auch der Herr Abgeordnete Dr. Seyfert dies im stillen anerkennt, da er die Zuschläge nicht im Prinzip ablehnt, sondern nur eine Hinausschiebung vorschlägt.

Zur vorläufigen Vermeidung der Steuerzuschläge wird vorgeschlagen, in Tit. 13 Pos. 4 von Kap. 16 einen Betrag von rund 6 Millionen für Ersatz an Fahrzeugen abzusetzen. Nun, meine Herren, wirkliche Abstriche in dem Sinne, daß die entsprechende Zahl an Fahrzeugen nicht beschafft werden darf, sind doch nur angängig, wenn in dem Titel die Zahl der Ersatzwagen

zu hoch eingestellt, also wenn man über das Bedürfnis hinausgegangen wäre.

(Abgeordneter Günther: Das ist der Fall!)

Das ist nicht der Fall! Ich möchte gegenüber dem Herrn Abgeordneten Günther anführen, daß die Einstellung von Betriebsmitteln im ordentlichen und außerordentlichen Etat keineswegs etwa nach Willkür, sondern nach dem Bedürfnis erfolgt. Die Ersatzmittel werden dann angefordert, wenn die betreffenden älteren Betriebsmittel abgängig werden. Die Verwaltung muß die Lokomotiven und Wagen rechtzeitig ersetzen. Es gibt hierfür gewisse Grundsätze. Oft aber müssen die Betriebsmittel, wenn sie stark strapaziert werden, auch früher in Abgang gebracht werden. Jeder Fall wird genau geprüft, und es ist keine Rede davon, daß über das Bedürfnis hinausgegangen werde, weder jetzt, noch ist es früher geschehen.

Anderes verhält es sich mit der Wagenvermehrung. Hier sind die Bedürfnisse des Verkehrs maßgebend.

Was die Güterwagen anlangt, so müssen wir uns nach dem Staatsbahnwagenverband richten, in dem alljährlich die Bedarfsziffer nach genauer Berechnung festgesetzt wird. Daß hierbei zu weit gegangen worden wäre, wird man nicht behaupten können. Denken Sie doch daran, was wir im Herbst 1912 für einen Wagenmangel gehabt haben, welchen Mangel wir noch im vorigen Jahre infolge der Kriegereignisse gehabt haben. Die deutschen Eisenbahnen müssen mehrere tausend Kilometer in den okkupierten Ländern mit unseren deutschen Wagen betreiben. Für das Militär müssen Wagen bereitgehalten werden, hierdurch wird der Wagenmangel noch verschärft.

(Abgeordneter Günther: Das Gegenteil steht im Berichte!)

Aber auch nach dem Kriege wird nicht ohne weiteres ein Überfluß an Wagen eintreten. In den okkupierten Ländern werden wahrscheinlich noch längere Zeit die Eisenbahnen von uns betrieben werden müssen. Man kann über die Wirtschaftslage nach dem Kriege denken wie man will; wahrscheinlich aber werden längere Zeit zahlreiche Transporte notwendig werden, um die vielen Vorräte zu ersetzen, die während des Krieges erschöpft worden sind. Es werden also auch dann die Eisenbahnbetriebsmittel noch in Anspruch genommen werden.

Der Herr Abgeordnete Günther scheint darauf auszugehen, daß die Wagen gestrichen werden, wobei er die Frage offen läßt, ob die Wagen doch noch gebaut